



Foto: Daniel Wittmer

## Europa ist wichtig!

Bei aller Freude über den Ausgang des Volksentscheids über „Pro Reli“: Wir sollten nicht übersehen, dass kaum ein Drittel der Berlinerinnen und Berliner an der Abstimmung teilgenommen hat. Offenbar haben viele Menschen in unserer Stadt das Thema für nicht wichtig genug gehalten. Auch die Europawahlen litten in der Vergangenheit unter einer geringen Wahlbeteiligung. Und das, obwohl der Einfluss der europäischen Ebene in vielen Lebensbereichen spürbar gewachsen ist. So wurde zum Beispiel unser rot-rotes Vergabegesetz gekippt, mit dem wir die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Zahlung von Mindestlöhnen koppeln wollten - weil es gegen europäische Wettbewerbsregeln verstieß!

Die wachsende Bedeutung der EU in unserem täglichen Leben steht leider in einem eklatanten Missverhältnis zu den geringen Befugnissen des Europaparlaments. Das schmälert in vieler Menschen Augen die Bedeutung der Europawahl. Doch nicht zu wählen ist die falsche Antwort. Denn ändern wird sich daran nur etwas, wenn Parteien wie DIE LINKE, die sich für eine umfassende Demokratisierung der europäischen Strukturen einsetzen, deutlich gestärkt ins Europaparlament einziehen.

Europa ist wichtig! Überlassen wir es nicht den Kräften, die vor allem die Interessen der großen Wirtschaftsunternehmen wahren, statt für eine soziale Gestaltung der Europäischen Union zu kämpfen. Darum stimmen Sie ab. Und wählen Sie links!

■ Klaus Lederer, MdA, Landesvorsitzender

## SPD in Panik?

### Einfallsloser Angriff ins Leere

Berlin hat gewonnen. Die Initiative „Pro Reli“ ist eindeutig gescheitert. Das ist gut für Berlin und vor allem gut für die Kinder unserer Stadt. Gemeinsam werden Kinder und Jugendliche - egal ob sie Christen, Muslime oder Atheisten sind - über unterschiedliche und gemeinsame Werte im Ethikunterricht sprechen. Dieser Dialog ist für Berlin überlebensnotwendig. Ein anderes Ergebnis hätte die Integration in unserer Stadt um Jahrzehnte zurückgeworfen.

Über den Erfolg dürfen sich viele Menschen freuen. Ich denke an die vielen Genossinnen und Genossen, die unser Argumentationsmaterial in die vielen Briefkästen gesteckt haben. Der Volksentscheid zeigt, dass Rot-Rot sich sehr wohl gegen sehr viel Geld, auflagenstarke Medien, die Kanzlerin, A-, B- und C-Promis durchsetzen kann. Das Erfolgsrezept beruhte auf Geschlossenheit, Ausgewogenheit und hoher Mobilisierungsfähigkeit.

Schon am Abend des Volksentscheides sah ich jedoch die SPD-Plakate für die Europawahl mit dem Slogan: „Heiße Luft würde DIE LINKE wählen“. Ich fragte mich, was geht in den entscheidenden SPD-Köpfen vor? Warum dieser Hass gegen DIE LINKE? Ist es Panik? Nein, ein panischer Mensch schlägt um sich, ohne Ansicht der Person. Dieser Angriff zielt ausschließlich auf die LINKE. Das ist erstaunlich, wenn man überlegt, welche Probleme wir in

unserem Land und in Europa haben.

War es heiße Luft, als die PDS gegen den Euro stimmte, weil sie der Auffassung war, dass Europa Sozialstandards braucht, bevor es eine neue Währung einführt? Wir sehen jetzt, dass der Euro vor einer gewaltigen Zerreißprobe steht. Die Bundesrepublik hat die anderen Euro-Länder ökonomisch an die Wand gespielt. War es heiße Luft, als die LINKE eine strengere Regulierung der Finanzmärkte forderte? Wir sehen jetzt, dass die rot-grün-schwarz-gelbe Deregulierung der Märkte dramatische Wirkungen entfaltet.

War es heiße Luft, als die LINKE die Börsenumsatzsteuer forderte und alle anderen Parteien sie ablehnten? Wir sehen jetzt, dass die SPD diese Steuer im Wahlkampf fordert. Also was soll dieser Angriff auf DIE LINKE? Rational ist das nicht.

Wir sollten nicht mit gleicher Münze zurückzahlen. Unser Ziel ist es, möglichst viele Menschen zu motivieren, zur Europawahl zu gehen und ihre Stimme der LINKEN zu geben. Wir werben mit unserer guten Arbeit und mit unseren guten Vorschlägen. Europa soll sozialer, friedlicher und demokratischer werden. Vielleicht wird ein gutes Ergebnis der LINKEN die SPD-Strategen wieder zur Vernunft bringen.

■ Gesine Lötzsch, MdB

# Thema:

## EU-Reformvertrag

Auf Druck der LINKEN hat Berlin als einziges Bundesland am 23.05.08 im Bundesrat dem EU-Reformvertrag von Lissabon nicht zugestimmt. Unsere Ablehnung des Vertrages richtet sich u. a. gegen die in diesem Vertragstext enthaltenen Aussagen zur Militarisierung der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik und gegen den Verzicht auf eine Sozialstaatsklausel, ohne die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf tönernen Füßen stehen. DIE LINKE hat sich entschieden dagegen gewendet, dass der Vertrag von Lissabon an den Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedstaaten und an den Parlamenten vorbei ausgehandelt wurde und ohne Volksabstimmungen in den Mitgliedstaaten ratifiziert wurde.

## EU-Sozialpaket

Die EU-Kommission hat im Juli 2008 unter dem Titel „Eine erneuerte Sozialagenda: Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität im Europa des 21. Jahrhunderts“ das sogenannte EU-Sozialpaket vorgestellt. Die LINKE kritisiert das Paket als schlechten Versuch, von der sozial rückschrittlichen Politik der Kommission und des Rates wie z. B. der geplanten Deregulierung der Arbeitszeitrichtlinie abzulenken. Dieses Paket räumt weiterhin Arbeitgeberinteressen Vorrang vor Arbeitnehmerrechten ein.

Auf Initiative der Koalitionsfraktionen der LINKEN und der SPD wurde der Senat aufgefordert, im Bund und gegenüber der Europäischen Union für eine grundlegende Überarbeitung des Europäischen Sozialpakets einzutreten.

## EFRE/ESF

Für Berlin werden in der Förderperiode 2007-13 aus den Strukturfonds ca. 1,2 Milliarden Euro bereitgestellt. Der Senat konzentriert die Förderung auf die drei zentralen Handlungsfelder Wirtschaft, Wissen und Umwelt/nachhaltige Stadtentwicklung. Die Themen Nachhaltigkeit, Chancengleichheit von Frauen und Männern und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sind dabei Querschnittsaufgaben.

## Europapolitische Schwerpunkte der Berliner Linksfraktion

- sozialere Ausrichtung der EU (EU-Sozialpaket)
- öffentliche Daseinsvorsorge (EU-Dienstleistungsrichtlinie/ Telekommunikation)
- Osteuropa (deutsch-polnische Oderpartnerschaft/Arbeitnehmerfreizügigkeit)
- effizientere Fördermittelvergabe (EFRE/ESF)
- direkte Demokratie, mehr Transparenz
- Europafähigkeit der Verwaltung

## Für Berlin nach Europa

### Martina Michels im Porträt



„Der Kreis scheint sich zu schließen“, bekennt sie mit der für sie typischen direkten Art: Schon vor dem Mauerfall war Martina Michels im Gesundheitsministerium in der internationalen Abteilung für die Abkommen der DDR mit den osteuropäischen sozialistischen Ländern zur kostenlosen medizinischen Versorgung verantwortlich. Sie hat dabei u. a. dafür gesorgt, dass geschädigte Kinder aus Tschernobyl medizinisch behandelt wurden.

Europäisches Denken und Handeln zieht sich bis heute wie ein roter Faden durch ihre Biografie: Martina Michels ist europapolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und seit acht Jahren Vorsitzende des dortigen Europa-ausschusses. Als einzige Vertreterin der LINKEN sitzt sie für Berlin im „Ausschuss der Regionen“, einer Art Bundesrat der Europäischen Kommission. In diesem „Nebenparlament“ werden Beschlüsse der Europäischen Kommission hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Regionen Europas – ob Berlin oder Lappland – überprüft. Künftig soll das Gremium zudem ein Veto-Recht erhalten.

Martina Michels, die langjährige Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, kandidiert auf einem aussichtsreichen Listenplatz, um DIE LINKE im Europäischen Parlament zu vertreten: „Europa ist für die BürgerInnen vor Ort in den Regionen sehr konkret und spürbar. Darum brauchen wir beispielsweise eine neue solidarische Regional- und Strukturpolitik.“ Sie will, dass diese nicht auf das Finanzielle verengt

wird: „Die Forderung nach mehr Geld muss ergänzt werden um die Debatte über eine andere Verteilung.“ Dabei geht es ihr um Transparenz und Effizienz für die Betroffenen, „im Sinne von Beschäftigungssicherung und Bekämpfung von Armut.“

Die „Krise“, die Massenarbeitslosigkeit, Klimaschutz, den demografischen Wandel und vor allem die soziale Integration beeinflusst, sieht sie als Symptom einer Gesellschaft, die sich abwendet von den wirklichen Problemen: „Wir brauchen mehr soziale Verantwortung, die wir nicht auf Deutschland, nicht einmal auf Europa reduzieren dürfen.“

DIE LINKE hat den Lissabon-Vertrag abgelehnt, Berlin als einziges Bundesland im Bundesrat nicht zugestimmt, „weil wir schlechten Verträgen nicht zustimmen.“ Aber „Europa ist mehr als dieser Vertrag“, Europapolitik beginnt bei den BürgerInnen in den Ländern – deshalb möchte sich Martina Michels für Regional- und Strukturpolitik engagieren. Sie will nicht, dass DIE LINKE nur „wahrgenommen wird als die Partei, die den Reformvertrag ablehnt.“

Sie will ein Zeichen für Abrüstung statt militärischer Aufrüstung festgeschrieben sehen und zeigen, dass „wir Vorschläge und Alternativen haben, weil wir Europa anders denken.“ Europäisches Denken heißt für sie, „EU, Bund, Länder und Kommunen künftig noch stärker zusammenzudenken“ – sozial und transparent, im Sinne der Menschen.

■ Natalie Rottka



## Zahlen & Fakten

- Die PDS erhielt 2004 6,1 % der Wählerstimmen und konnte mit sieben Abgeordneten gestärkt ins Europaparlament (EP) einziehen. Seit dem Gründungs- parteitag 2007 bilden sie die Delegation der Partei DIE LINKE.
- Die sieben Abgeordneten sind Mitglieder der Linksfraktion im EP, der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordisch Grüne Linke (GUE/NGL). Die Fraktion hat 41 Abgeordnete aus 14 EU-Mitgliedstaaten. Sie vertreten 17 verschiedene politische Parteien.
- Abgeordnete der Fraktion GUE/NGL arbeiten in 20 Ausschüssen sowie den zwei Unterausschüssen, der Koordinierungsgruppe zur Lissabon-Strategie und dem Sonderausschuss zum Klimawandel.

## Das will DIE LINKE

- Eine Europäische Union, in der gut entlohnte und sozial abgesicherte Arbeit und ein Leben in Würde für alle gesichert sind,
- eine friedliche Europäische Union, die Krieg ächtet und sich einsetzt für Abrüstung, zivile Kooperation und Entwicklung,
- eine Europäische Union, die den sozialen Fortschritt und den ökologischen Strukturwandel befördert,
- eine Europäische Union, die die Finanzmärkte einer strikten Kontrolle unterwirft,
- eine Europäische Union mit einem starken Europäischen Parlament, transparenten Entscheidungsprozessen und mehr unmittelbarer Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger,
- eine Europäische Union, in der die Diskriminierung von Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihres Alters, ihrer Behinderung oder sexuellen Identität ausgeschlossen ist,
- eine Europäische Union, in der Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Sicherheit garantiert sind,
- eine Europäische Union, die eine solidarische Weltwirtschaft anstrebt und ihrer Verantwortung für die Lösung der globalen Probleme gerecht wird.

Das Europawahlprogramm ist im Internet zu finden unter [www.die-linke.de/europawahlprogramm](http://www.die-linke.de/europawahlprogramm)

Ihre Stimme für eine starke Linke in Europa! Wählen Sie Liste 4 – Lothar Bisky, den Vorsitzenden der Partei DIE LINKE und der Europäischen Linkspartei, und sein Team!

## Links wirkt in Europa

Vor dem Hintergrund der wechselnden Mehrheiten im mehrheitlich rechtskonservativ ausgerichteten Europäischen Parlament (EP) ist es der Fraktion GUE/NGL und der Delegation der LINKEN in einigen wichtigen Fällen gelungen, linke Mehrheiten bei Abstimmungen im Parlament zu erreichen. Beispielhaft seien erwähnt:

- die Forderung des EP nach Einführung von Mindestlöhnen in allen Mitgliedstaaten,
- die Forderung des EP nach Festlegung eines konkreten Fahrplans für die Verringerung der Armut und insbesondere der Kinderarmut in der EU,
- die Abmilderung – wenn auch nicht Verhinderung – der Dienstleistungsrichtlinie,
- die weitgehende Beibehaltung der kommunalen Selbstbestimmung beim ÖPNV,
- die Ausformulierung des europäischen Konsenses für Entwicklung,
- die Kritik des EP gegenüber den völkerrechtswidrigen Aktivitäten der CIA im sogenannten Kampf gegen den Terror,
- die kritische Bewertung des Schutzes der Menschenrechte in der EU durch das EP,
- die in wichtigen Teilen gelungene Entschärfung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung

Quelle: Abschlussbilanz der Delegation DIE LINKE im Europäischen Parlament für die Wahlperiode 2004-2009, [www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu)

DIE LINKE. Berlin dankt den Europaabgeordneten André Brie, Sylvia-Yvonne Kaufmann, Helmuth Markov, Tobias Pflüger, Feleknas Uca, Sahara Wagenknecht und Gabi Zimmer für ihre engagierte Arbeit für ein friedlicheres, demokratischeres und sozialeres Europa.

- Abgeordnete der Delegation der LINKEN waren in dieser Legislatur verantwortlich für 24 Berichte des EP. Das sind Gesetzesänderungen durch das EP im Mitentscheidungsverfahren oder Stellungnahmen des EP aus eigener Initiative zu einem Politikfeld, für die fraktionsübergreifend um Mehrheiten gerungen wird.
- Die Abgeordneten der LINKEN verfassten 18 Stellungnahmen der Ausschüsse.
- Große Anerkennung finden die übersichtlichen Informationen über aktuelle Förderprogramme der Europäischen Kommission, die auf einer speziellen Webseite [www.dielinke-europaservice.de](http://www.dielinke-europaservice.de) abgerufen werden können.
- Die Abgeordneten informierten in dieser Legislatur 15 thematischen Faltpapieren, 4 Ausgaben „Europarot“ (2004/2005), ab 2005 in 9 Ausgaben von „La Gauche“ („Die Linke“) sowie in über 750 Presseerklärungen die Öffentlichkeit über ihre Positionen und ihre Arbeit im EP.
- Auf der Webseite [www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu) stehen die Reden, Presseerklärungen und Publikationen online zur Verfügung.



## Termine:

13. Mai  
**Öffentliche Veranstaltung zur Europawahl**  
Mit Lothar Bisky, MdB  
17 Uhr, Stadttheater Köpenick, Friedrichshagener Str, 9, 12555 Berlin

14. Mai  
**Green New Deal - Lösung der ökologischen Krise oder nur ein grüner Kapitalismus?**  
Ein Streitgespräch mit Ralf Fücks und Elmar Altvater.  
Auftaktveranstaltung des Rats für radikale Realpolitik – der neuen Zukunftskommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
18.30 Uhr, Tagungszentrum Neue Mälzerei, Friedensstr. 91, 10249 Berlin

14. Mai  
Reihe „Baustelle Europa“  
**Europawahl 2009 – Die Wahlprogramme der Parteien im Vergleich**  
Mit Horst Dietzel, Jochen Weichold  
19 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Seminarraum 3, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

17. Mai  
**Die europäische Integration und die Krise**  
Mit Helmuth Markov, MdEP  
10 Uhr, Hofcafé Zur Post, Schillerpromenade 1, 12459 Berlin (Köpenick)

26. Mai  
Reihe Berliner Runde  
**EU-Politik – bürgerfeindlich?**  
U. a. mit Martina Michels, MdA  
17 Uhr, ver.di Berlin, Köpenicker Str. 30 (Raum 6.05), 10179 Berlin

27. Mai  
**Europa wählt – was bringt es mir?**  
U. a. mit Kadriye Karci und Michael Efler  
18 Uhr, Rathaus Charlottenburg, Pommernsaal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

5. Juni  
**EuropaWahlTour 2009**  
Mit Lothar Bisky, Gregor Gysi, Martina Michels  
15 – 17 Uhr, Alexanderplatz

7. Juni  
**WÄHLEN GEHEN!**  
8 – 18 Uhr

**Wahlfete der LINKEN**  
Ab 20 Uhr, Kesselhaus, Kulturbrauerei, Schönhauser Allee 36, 10435 Berlin

## Impressum:

DIE LINKE.  
Landesvorstand Berlin  
Karl-Liebknecht-Haus  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60  
E-Mail: lv@die-linke-berlin.de  
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin  
Titel & Gestaltung: WARENFORM  
Druck: Druckerei Bunter Hund  
Redaktionsschluss: 25. 3. 2009

## Kalenderblatt:

### 1. Mai 2004

## Erweiterung der Europäischen Union um 10 Mitglieder

Es war die bisher größte Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union. Mit Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen und Slowenien traten 8 Mittel- und Osteuropäische Staaten sowie Malta und die Republik Zypern der Europäischen Union bei, 2007 folgten Bulgarien und Rumänien.  
In ihrem Bericht „Fünf Jahre EU-Erweiterung“ konzentrierte sich EU-Kommission im wesentlichen auf die wirtschaftliche Entwicklung und kam zu dem Schluss, dass sowohl die „neuen“ als auch die „alten“ Mitgliedstaaten von der wirtschaftlichen Entwicklung profitiert haben. Laut EU-Bilanz wuchs die Zahl neuer Arbeitsplätze in den Beitrittsländern um 3 Millionen. Die Arbeitslosigkeit entspricht mit 7 Prozent (2007) dem Durchschnitt der EU. Das Pro-Kopf-Einkommen stieg seit 1999 um 12 Prozent und erreicht damit etwa die Hälfte des Pro-Kopf-Einkommens der anderen EU-Staaten. Die „alten“ EU-Länder profitierten vor allem von den neuen Absatzmärkten. Und die EU selbst wurde zum größten integrierten Wirtschaftsraum und kann schon heute mit ihren fast 500 Millionen Einwohnern auf globaler Ebene eine entscheidende politische Rolle spielen, wenn sie einheitlich handelt.  
Mit dem Beitritt der Mittel- und Osteuropäischen Staaten sind die Entwicklungsunterschiede zwischen den Staaten und innerhalb der Regionen noch größer geworden. Die notwendige Solidarität zur Angleichung

der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen nach dem Beitritt, vor allem die materielle über die EU-Strukturfonds, war mehr als halbherzig. So erhielten die neuen Mitgliedsstaaten viel weniger Hilfe als „alte“ Mitgliedstaaten nach ihrem Beitritt, obwohl ihr wirtschaftliches und soziales Niveau weit niedriger ist. Vielmehr wurden die neuen Mitglieder in einen Dumpingwettbewerb um ausländische Direktinvestitionen getrieben. Teile ihrer Wirtschaft wurden zu verlängerten Werkbänken ausländischer Konzerne, andere wurden vernichtet aufgrund der ungeschützten Öffnung ihrer Märkte. Unter den Bedingungen der gegenwärtigen globalen Krise hat sich gezeigt, dass die weniger leistungsfähigen Staaten und Regionen am stärksten unter der Krise leiden und dazu viele „neue“ Mitgliedstaaten gehören. Dringend nötig sind deshalb ein europäisches Investitionsprogramm in Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, öffentliche Infrastruktur und Gesundheit sowie ein sozialer Schutzschirm für die Menschen dieser Länder. Zudem muss die EU-Regional- und Strukturpolitik mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden. DIE LINKE stimmt vollständig mit dem Fazit von EU-Kommissar Verheugen überein, der zur Bilanz der 5-jährigen Mitgliedschaft der mittel- und osteuropäischen Staaten in der EU erklärte: „Der Zugewinn an Frieden und Stabilität ist an Geld nicht aufzuwiegen.“

■ Helmut Scholz

## Kommt alle zur DGB-Demo am 16. Mai!

### Europäischer Aktionstag:

### Die Krise bekämpfen! Sozialpakt für Europa!

DIE LINKE wird gemeinsam mit vielen anderen deutlich machen:  
Wir fordern, dass die Verursacher für die Krise zahlen.

### Eine andere Politik ist nötig, möglich und wählbar!

Hauptkundgebung: 14 Uhr an der Siegessäule

Treffpunkte und Auftaktkundgebungen:  
11:30 Uhr

- Breitscheidplatz
- Hauptbahnhof (Kapelleplatz)

Treffpunkte der LINKEN sind die Infostände des Landesverbandes Berlin an den Startpunkten.

# Service